



Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Asien

Ursprünge, Formen, Dynamiken

Aurel Croissant

Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Asien

Ursprünge, Formen, Dynamiken

Autor

Aurel Croissant

Über den Autor

Prof. Dr. Aurel Croissant ist Professor für Politikwissenschaft am Institut für Politische Wissenschaft der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und Regionalkoordinator Asien und Ozeanien für den Bertelsmann Transformationsindex und die Sustainable Governance Indicators. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem die vergleichende Analyse politischer Strukturen und Prozesse in Ost- und Südostasien, theoretische und empirisch-vergleichende Demokratie- und Autokratieforschung sowie zivil-militärische Beziehungen.

Inhalt

Das Wichtigste im Überblick	6
Einleitung	8
(K)Ein asiatisches Verständnis sozialer Kohäsion	10
Die Stärke des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Asien	14
Woraus sich soziale Kohäsion in Asien speist	20
Das Janusgesicht sozialer Kohäsion in Asien	28
Ausblick	30
Bibliographie	34

Das Wichtigste im Überblick

Die vorliegende Publikation präsentiert Ergebnisse einer von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebenen Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in acht Ländern in Asien: China, Singapur, Südkorea, Bangladesch, Indien, Sri Lanka, Indonesien und Myanmar.¹

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist eine zentrale Bedingung wirtschaftlicher Entwicklung. Er fördert die Fähigkeit von Gesellschaften, innere Spannungen auszuhalten, und ermöglicht die gewaltfreie Beilegung von Konflikten. Seine Bewahrung oder Stärkung ist folglich eine bedeutende Zielgröße politischer Handlungsmuster. Gerade im Hinblick auf staatliche Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Resilienz während der aktuellen COVID-19-Pandemie ist sozialer Zusammenhalt ein wichtiger Faktor – in Asien und andernorts.

Die Studie baut auf dem Asienradar der Bertelsmann Stiftung auf. Die Ergebnisse können in fünf Punkten zusammengefasst werden.

1

Erstens zeigt die Studie, dass es in Asien kein einheitliches und allgemein geteiltes Verständnis von gesellschaftlichem Zusammenhalt gibt. Westliche Konzepte des sozialen Zusammenhalts werden in Wissenschaft und Medien bislang nur zurückhaltend aufgegriffen. Die existierenden Übersetzungen in lokalen Sprachen sind mehrdeutig und nicht inhaltsgleich. So ist beispielsweise „soziale Harmonie“ in erster Linie ein politischer Begriff, in dem sich das Bestreben der chinesischen Regierung ausdrückt, Konflikte zwischen sozialen Gruppen, zwischen staatlichen Akteuren sowie zwischen Gesellschaft und der Regierung zu lösen.

2

Zweitens stützen die Länderanalysen viele Befunde des Asienradars der Bertelsmann Stiftung sowie anderer Studien. Zugleich unterstreichen sie auch die Notwendigkeit der Kontextualisierung und, mitunter, Relativierung. Zum Beispiel wird Indien, wie den meisten anderen südasiatischen Gesellschaften, ein relativ schwacher gesellschaftlicher Zusammenhalt attestiert. Soziale Fragmentierung und Demokratisierung sind aber keine sich wechselseitig ausschließenden Prozesse, sondern bilden ein dynamisches Gleichgewicht. So ist Demokratie in Indien gerade aufgrund der starken Fragmentierung und der zentrifugalen Tendenzen in der Gesellschaft notwendig, um gesellschaftliche Stabilität zu gewährleisten. Darin unterscheidet sich das Land von anderen Staaten Südasiens mit geringem sozialem Zusammenhalt, z. B. Bangladesch. In Indonesien ist der gesellschaftliche Zusammenhalt zwar stärker als in vielen anderen muslimischen Staaten in Asien, wofür es mehrere Erklärungen gibt. Aber die multireligiöse und multiethnische Gesellschaft Indonesiens sieht sich ähnlichen Herausforderungen der Bewahrung sozialer Kohäsion gegenüber. Insbesondere betrifft dies die Zunahme religiöser Radikalisierung und Intoleranz sowie steigende wirtschaftliche Ungleichheit. Auch in Myanmar und Sri Lanka ist die religiöse Radikalisierung die größte Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese Länder leiden an den Folgen jahrzehntelanger Bürgerkriege sowie, in jüngster Zeit, an der von extremistischen buddhistischen Akteuren getragenen, vor allem gegen muslimische Minderheiten gerichteten Gewalt. Man wird die relativ hohen Werte im Asienradar etwa für Sri Lanka entsprechend relativieren müssen. Die Analysen zu China und Singapur verweisen hingegen auf das bislang recht erfolgreiche Kohäsionsmanagement der autoritären Regierungen in beiden Staaten. Ob sich dies auch in der Corona-Krise bewähren wird, bleibt dagegen abzuwarten.

¹ Die Begriffe „gesellschaftlicher Zusammenhalt“, „sozialer Zusammenhalt“ und „soziale Kohäsion“ werden in dieser Studie synonym verwendet.

Drittens wird der Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Asien von vielen Faktoren beeinflusst. Die hier zusammengefasste Studie blickt besonders auf das Verhältnis von sozialer Kohäsion, vertikalen und horizontalen Ungleichheiten sowie politischen Systemstrukturen in asiatischen Ländern. Der im Asienradar aufgezeigte negative Zusammenhang von Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt beruht demnach vor allem auf der vergleichsweise geringen Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Funktionieren und den Ergebnissen des demokratischen Prozesses sowie einem schwachen Vertrauen in die politischen Institutionen in demokratischen Systemen. Ferner verdeutlichen die asiatischen Fälle den Einfluss ökonomischer Ungleichheiten zwischen Individuen und „horizontaler“ Ungleichheiten zwischen Gruppen auf den Zusammenhalt der Gesellschaft, wobei jedoch zwischen „objektiv“ gemessenen und subjektiv wahrgenommenen Ungleichheits- und Ungerechtigkeitsituationen zu unterscheiden ist, wie insbesondere das Beispiel Südkoreas zeigt.

3

Viertens spricht die Studie problematische Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Asien an, die in der Forschungsliteratur oft zu wenig Beachtung finden. So ist soziale Kohäsion einerseits der Kitt, der Gesellschaften zusammenhält, soziale Kooperationsdilemmata überwinden hilft und gesellschaftliche Stabilität fördert. Er kann aber auch eine Quelle autoritärer Resilienz darstellen, beispielsweise in China und Singapur. Die Fallstudien zu Sri Lanka und Myanmar legen darüber hinaus nahe, dass sozialer Zusammenhalt in Gesellschaften, die entlang von Ethnizität, Religion oder anderen Identitätszuschreibungen tief gespalten sind, nicht automatisch ein Zeichen für die Integration einer Gesellschaft als Ganzes ist, sondern die Überintegration ihrer Teile ausdrücken kann.

4

Fünftens wurde die hier vorgestellte Studie vor dem Beginn der COVID-19-Pandemie abgeschlossen. Dennoch besitzen ihre Ergebnisse besondere Bedeutung hinsichtlich der Frage, wie gut einzelne Gesellschaften in Asien vorbereitet sind, um mit der Krise fertigzuwerden. Natürlich ist es zu früh, abschließend zu beurteilen, wie gut die dort von den Regierungen eingesetzten und von den Gesellschaften akzeptierten Strategien funktionieren. Aber schon jetzt ist zu erkennen: kohäsivere Gesellschaften zeigen eine schnellere Reaktionszeit von Regierungen und eine höhere Bereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger, Eingriffe in die individuelle Freiheitssphäre zugunsten des Gemeinwohls zu akzeptieren. Die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben sind in Asien ebenso verheerend wie andernorts. Der soziale Zusammenhalt wird aber für die Erholung der Gesellschaften nach der Krise entscheidend sein. Das zeigt sich bereits jetzt.

5

Einleitung

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist fundamental für den Erfolg wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse und die Fähigkeit von Gesellschaften, innere Spannungen auszuhalten sowie Konflikte in friedvoller Weise zu lösen. Soziale Kohäsion wirkt der politischen Polarisierung und gesellschaftlichen Radikalisierung entgegen und ist daher Grundvoraussetzung und Gradmesser für das Funktionieren demokratischer Gesellschaften. Die Bewahrung oder Stärkung sozialen Zusammenhalts ist folglich eine bedeutende Zielgröße politisch gestalterischen Handelns in modernen Gesellschaften.

Sozialer, technologischer und kultureller Wandel, Globalisierung und Migration, Wirtschafts- und Gesundheitskrisen wie die aktuelle COVID-19-Pandemie bedrohen den Zusammenhalt vieler Gesellschaften weltweit. Ungleichheits- und Ungerechtigkeitsempfindungen aufgrund auseinanderdriftender Einkommens- und Lebenschancen, das Gefühl der Entfremdung von der eigenen Gesellschaft infolge wachsender kultureller und religiöser Vielfalt sowie individuelle oder kollektive Erfahrungen mit Exklusion und verwehrter Anerkennung spiegeln sich in der Formierung neuer gesellschaftlicher Spaltungslinien wider. Es verwundert daher nicht, dass die Sorge um den Zusammenhalt der Gesellschaft immer häufiger zum Thema wissenschaftlicher und politischer Debatten geworden ist – zunächst in westlichen Ländern, zunehmend aber auch in Asien. Gerade auch im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit von Staaten und die Resilienz von Gesellschaften gegenüber den sozialen, politischen, ökonomischen und psychologischen Folgen und Nebenwirkungen der Corona-Krise ist sozialer Zusammenhalt ein wichtiger Faktor.

Die Bertelsmann Stiftung räumt dem Thema in ihrer international ausgerichteten Projektarbeit einen besonderen Stellenwert ein. Auf eine erste Vergleichsstudie von 34 Gesellschaften in Europa und Nordamerika (Bertelsmann Stiftung 2013; Dragolov et al. 2016) folgte mit dem Asienradar ein Vergleich von 22 asiatischen Gesellschaften in Asien-Pazifik (Bertelsmann Stiftung 2018). Eine jüngst veröffentlichte Studie mit Analysen zu acht Ländern in Süd-, Südost- und Nordostasien knüpft an diese Arbeiten an (Croissant und Walkenhorst 2020). Das vorliegende Papier fasst die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung zusammen und synthetisiert die Einsichten aus den acht Länderstudien. Sie geht darüber hinaus auch auf aktuelle Entwicklungen ein. Wenngleich eine begründete Einschätzung des Einflusses der COVID-19-Pandemie auf den Zusammenhalt der Gesellschaften in Asien und andernorts gegenwärtig noch nicht möglich ist, präsentiert der Ausblick einige Überlegungen zur Rolle des gesellschaftlichen Zusammenhalts für die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft und Handlungsfähigkeit von Staaten während und nach der aktuellen Pandemie.

Konzeptionell baut die Untersuchung maßgeblich auf den Arbeiten des Asienradars auf. Darüber hinaus liefern die tiefenscharfen Fall- und Vergleichsstudien jedoch neue Einsichten zu den historischen Ursprüngen, aktuellen Dynamiken und zukünftigen Herausforderungen des sozialen Zusammenhalts in acht asiatischen Ländern. Im Einzelnen sind dies China, Singapur, Südkorea, Bangladesch, Indien, Sri Lanka, Indonesien und Myanmar.

Gerade auch im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit von Staaten und die Resilienz von Gesellschaften gegenüber den sozialen, politischen, ökonomischen und psychologischen Folgen und Nebenwirkungen der Corona-Krise ist sozialer Zusammenhalt ein wichtiger Faktor.

Ausgangspunkt der Fallauswahl war die Zuordnung der Länder zu einem der drei im Asienradar induktiv-empirisch identifizierten „Kohäsionsclustern“ in Asien. Während China, Singapur und Südkorea zum „sinischen“ Kohäsionscluster, Bangladesch und Indien zum „südasiatischen“ Cluster gehören, repräsentieren Indonesien, Myanmar und Sri Lanka den „malaiisch-buddhistischen“ Cluster. Darüber hinaus umfasst die untersuchte Ländergruppe Gesellschaften, deren Zusammenhalt von tendenziell schwach (Bangladesch, Indien) bis tendenziell hoch (Singapur) reicht, wobei die Mehrzahl der Länder ein mittleres Kohäsionsniveau aufweist. Obgleich alle Staaten in den vergangenen Jahrzehnten tiefgreifende Transformations- und Modernisierungsprozesse durchlaufen haben, sind die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Gruppe der Untersuchungsländer umfasst sowohl relativ weit entwickelte Demokratien (Südkorea) und sogenannte defekte Demokratien (Indien, Sri Lanka, Indonesien), als auch nicht demokratische politische Systeme, die mehr (China) oder weniger (Singapur, Bangladesch, Myanmar) stark politische Freiheiten und bürgerliche Rechte einschränken. Südkorea ist eine der ethnisch-kulturell homogensten Gesellschaften auf der Welt. Andere gehören zu den ethnisch und religiös heterogensten Ländern weltweit, mit teils tragischer Geschichte blutiger Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Volksgruppen (Myanmar, Sri Lanka). Während Singapur und Südkorea zu den wohlhabendsten Gesellschaften weltweit gehören und auch China und Indonesien in den letzten Jahrzehnten Prozesse der Marktöffnung, wirtschaftlichen Globalisierung und außenhandelsgestützten Industrialisierung durchlaufen haben, sind in Indien, Myanmar und Bangladesch existenzielle Risiken und soziale Exklusion auch weiterhin weit verbreitet und soziale Sicherungssysteme, eine angemessene Gesundheitsversorgung oder zukunftssichernde Bildungseinrichtungen für viele Bürgerinnen und Bürger unzugänglich.

Die Fallstudien liefern zahlreiche Befunde. Die vorliegende Zusammenfassung bündelt die wichtigsten Einsichten in fünf Teilbereiche, die jeweils um eine zentrale Frage kreisen und den nachfolgenden Ausführungen ihre Struktur geben:

1. Gibt es ein asiatisches Verständnis von sozialem Zusammenhalt?
2. Wie stark ist der soziale Zusammenhalt in den asiatischen Gesellschaften?
3. Wie lassen sich überraschende Befunde des Asienradars etwa zum (fehlenden) Zusammenhang von Einkommensungleichheit und sozialem Zusammenhalt oder zum Verhältnis von Demokratie und sozialer Kohäsion erklären?
4. Welches sind die dunklen Seiten sozialer Kohäsion in Asien?
5. Was sind die zukünftigen Herausforderungen für den Zusammenhalt der asiatischen Gesellschaften?

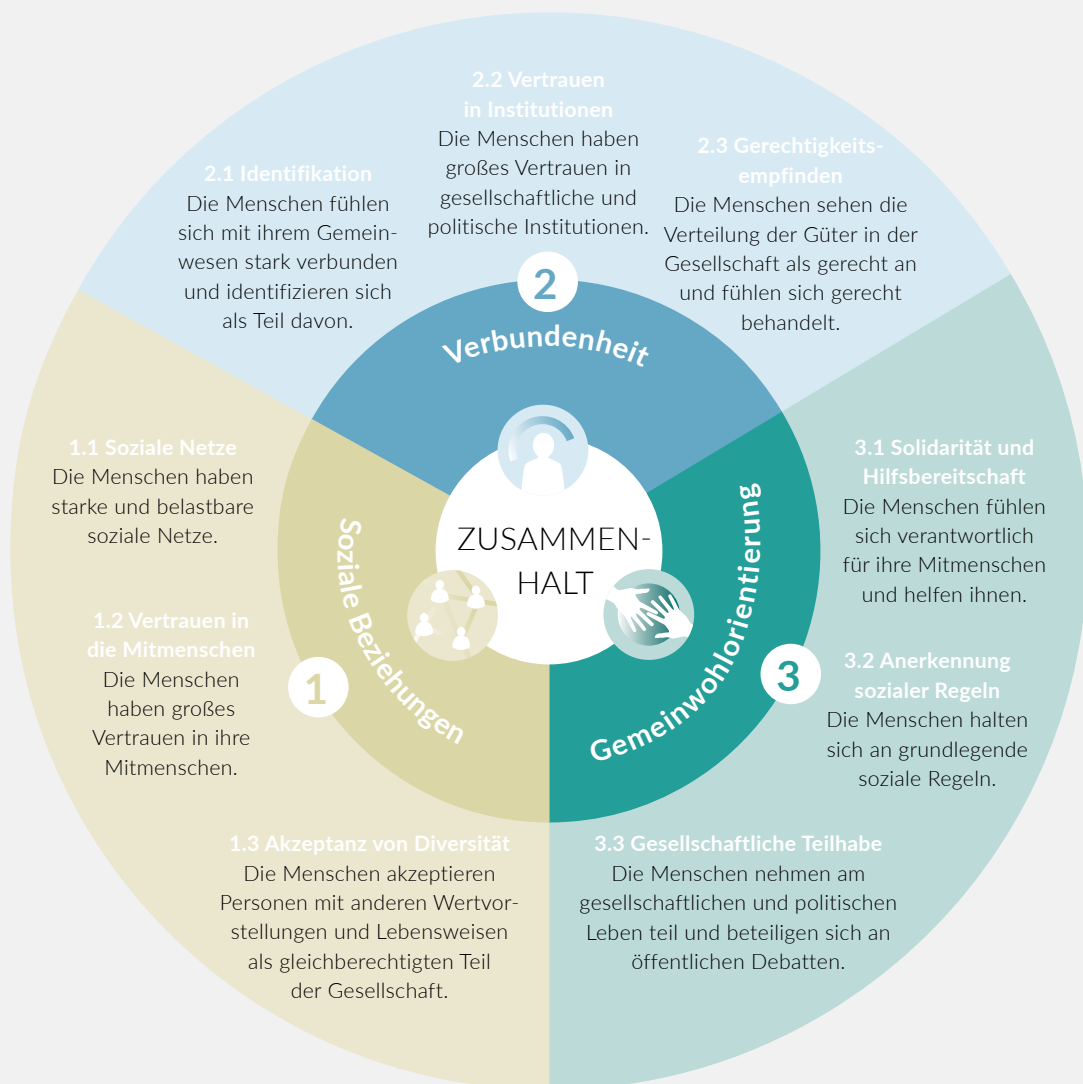
(K)Ein asiatisches Verständnis sozialer Kohäsion

Die Ursprünge der Forschung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück, aber das wissenschaftliche Interesse hat sich insbesondere in den letzten Jahren verstärkt (Fonseca, Lukosch und Brazier 2018). Die wissenschaftliche Debatte wird dabei dominiert von Forscherinnen und Forschern und Institutionen in westlichen OECD-Staaten, insbesondere in Westeuropa und den Vereinigten Staaten. In den asiatischen Sozialwissenschaften hingegen wurde das Konzept erst in jüngerer Zeit und hier vor allem von Forscherinnen und Forschern in Singapur, Taiwan und Südkorea aufgegriffen.

Trotz der Konjunktur des Themas gibt es auch in der westlichen Forschung bislang keine eindeutige Definition des Begriffs „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (Schiefer und van der Noll 2017). Allgemein lässt sich zwischen dynamischen und statischen Definitionen und Operationalisierungen unterscheiden (Vergolini 2011). Die dynamische Perspektive definiert sozialen Zusammenhalt im Hinblick auf die Mittel und Wege, mit denen eine kohäsive und inklusive Gesellschaft erreicht werden kann. Die statische, zustandsbezogene Perspektive versteht soziale Kohäsion „als einen Zustand, der die Interaktionen zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft betrifft, Interaktionen, die in verschiedenen Bereichen des menschlichen Zusammenlebens stattfinden“ (Vergolini 2011: 198), d.h. es wird zwischen den Bedingungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und den konstitutiven Bestandteilen, die soziale Kohäsion ausmachen, differenziert.

Das Verständnis von gesellschaftlichem Zusammenhalt der in diesem Papier synthetisierten Länderstudien orientiert sich an der vom Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt verwendete Definition. Soziale Kohäsion ist demnach eine „Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders“, welche sich in den Einstellungen und Verhaltensweisen der Mitglieder einer Gemeinschaft oder Gesellschaft ausdrückt. Demnach zeichnet sich eine kohäsive Gesellschaft „durch belastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit zwischen ihren Mitgliedern und der Gemeinschaft und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung aus“ (Dragolov et al. 2016: 6). Der Radar erfasst den gesellschaftlichen Zusammenhalt quantitativ in einem Gesamtindex (s. Abbildung 1). Dieser ordnet den drei Kernbereichen (auch „Domänen“ genannt) von sozialem Zusammenhalt – soziale Beziehungen, Verbundenheit mit dem Gemeinwesen und Gemeinwohlorientierung – neun Dimensionen (soziale Netze, Vertrauen in Mitmenschen, Akzeptanz von Diversität, Identifikation, Vertrauen in Institutionen, Gerechtigkeitsempfinden, Solidarität und Hilfsbereitschaft, Anerkennung sozialer Regeln sowie gesellschaftliche Teilhabe) zu (Delhey und Boehnke 2018). Grundlage ist eine Zusammenstellung von insgesamt 36 Indikatoren aus international vergleichenden Befragungsstudien und anderen wissenschaftlichen Daten.

ABBILDUNG 1: Die drei Bereiche gesellschaftlichen Zusammenhalts mit ihren Dimensionen



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

Die acht Fallstudien zu China, Singapur, Südkorea, Bangladesch, Indien, Sri Lanka, Indonesien und Myanmar zeigen, dass es in Asien kein einheitliches und allgemein geteiltes Verständnis von gesellschaftlichem Zusammenhalt gibt. Mehr noch: Meist sind die Konzepte, die in wissenschaftlichen oder gesellschaftspolitischen Debatten eine Rolle spielen, aus westlichen akademischen und öffentlichen Diskursen abgeleitet. Zwar stehen asiatische Länder vor vielfältigen Herausforderungen bei der Bewahrung sozialer Stabilität und gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dennoch wurde das Konzept der sozialen Kohäsion bislang eher selten systematisch genutzt. Nur in wenigen Ländern ist der Begriff gut etabliert (z. B. „Kohesi social“ in Indonesien, siehe Ziegenhain 2020). Meist existieren lediglich mehrdeutige Übersetzungen in lokale Sprachen, z. B. „Sahoetonghab“ auf Koreanisch (Croissant und Kim 2020). Zudem ist der Gebrauch des Begriffs „sozialer Zusammenhalt“ häufig auf Diskussionsforen begrenzt, die von internationalen Organisationen wie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Cooperation and Development, OECD) und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) oder westlichen Nichtregierungsorganisationen initiiert wurden. Hingegen verwenden lokale Akteure meist andere Konzepte, z. B. „soziale Harmonie“ (China), „soziale Integration“ (Singapur), „soziale Einheit“ (Sri Lanka) oder „soziale Inklusion“ (Südkorea).

Ähnlich wie ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen verwenden Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler in Asien unterschiedliche Verfahren, um sozialen Zusammenhalt zu messen. Dabei finden sowohl Aggregatdaten (Makroebene) als auch Individualdaten (Mikroebene) Anwendung. Messungen, die sich auf Individualdaten stützen, bestimmen das Gesamtniveau des sozialen Zusammenhalts einer sozialen Einheit aus den Einstellungen und Verhaltensweisen, die in sozialen Interaktionen auftreten und die in Befragungsstudien erhoben werden. Einige Ansätze bilden einen Index aus den Teildimensionen, wie z. B. Solidarität, interpersonelles Vertrauen und Partizipationsmöglichkeiten. Insgesamt scheinen vorrangig Operationalisierungen und Messkonzepte verwendet zu werden, die eher ein dynamisches Verständnis von sozialem Zusammenhalt widerspiegeln und Ergebnisindikatoren nutzen, welche soziale Kohäsion allenfalls annäherungsweise erfassen, wie etwa die Vertretung von Minderheiten in Parlamenten, Kriminalitätsraten, Arbeitslosenzahlen, Bildungsniveau, Indizes der Einkommensungleichheit, Verbreitung von Sozialleistungen, Wahlbeteiligung, Mediennutzung oder die Dichte des bürgerschaftlichen Engagements in einer Gesellschaft.

Ähnlich wie im Westen sind Debatten über gesellschaftlichen Zusammenhalt in Asien sowohl akademischer als auch politischer Natur. Während in Europa und Nordamerika soziale Kohäsion ein wissenschaftlicher Begriff ist, der auch zunehmend Eingang in politische und öffentliche Diskussionen gefunden hat, verhält es sich mit den im asiatischen Kontext verwendeten Konzepten oftmals umgekehrt. Beispielhaft sei auf das Konzept der „sozialen Harmonie“ als in erster Linie politischer Begriff verwiesen. Trotz der Anstrengungen der Kommunistischen Partei Chinas, ihr Konzept der sozialen Harmonie als ein quasi traditionelles ethisches Ideal zu formulieren, erfüllt die Rede von der sozialen Harmonie vorrangig einen gesellschaftspolitischen, womöglich auch machtpolitischen Zweck.

Sie steht für ein Projekt der Herstellung nationaler Einheit in Zeiten tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen und rapide wachsender gesellschaftlicher Unterschiede. „Soziale Harmonie“ und, damit verbunden, die „harmonische Gesellschaft“ sind Universalformeln, deren Verwendung die erwünschte Loyalität von Parteikadern und Bevölkerung herstellen soll. Zudem bestehen große inhaltliche Unterschiede zwischen „gesellschaftlichem Zusammenhalt“ und „sozialer Harmonie“ (Mok und Kang 2020). Das Konzept des sozialen Zusammenhalts bezieht sich wesentlich auf belastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft und deren Gemeinwohlorientierungen (Abbildung 3). Im Mittelpunkt des Konzepts der sozialen Harmonie steht hingegen das Bestreben, Konflikte und Widersprüche zwischen verschiedenen sozialen Gruppen innerhalb der Gesellschaft, zwischen verschiedenen staatlichen Akteuren und zwischen gesellschaftlichen Gruppen und der Regierung zu lösen. Zudem ist das Konzept der sozialen Harmonie in seiner Wirksamkeit auf China beschränkt: In anderen asiatischen Ländern, auch solchen mit einem starken konfuzianischen Erbe (z. B. Singapur und Südkorea), spielt es zumindest bislang keine nennenswerte Rolle. Was China, Südkorea und Singapur jedoch zweifellos gemeinsam haben, ist die Erwartung sowohl der Bürgerinnen und Bürger als auch der Regierung, dass der Staat die Fähigkeit und die Verantwortung hat, ein reibungsloses Funktionieren der Gesellschaft zu gewährleisten. In allen drei Ländern gibt es eine reiche Tradition einer interventionistischen Rolle des Staates in sozialen Konflikten.

Andere, auf den ersten Blick äquivalent anmutende Konzepte haben eine häufig andere Bedeutung. Deshalb können sie nur sehr eingeschränkt, wenn überhaupt, als lokale Entsprechungen des Begriffs des sozialen Zusammenhalts gelten. So ist der Begriff „Kohesi sosial“ unter indonesischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zwar relativ weit verbreitet, sein Schwerpunkt liegt aber auf Fragen von Gruppenidentitäten, Nationenbildung und dem Verhältnis von Politik und Religion (Ziegenhain 2020). Hingegen hat der koreanische Begriff „Sa-hoetonghab“ schlicht zu viele unterschiedliche und teils widersprüchliche Bedeutungen, als dass er synonym zum Begriff „soziale Kohäsion“ verwendet werden könnte. Der in Diskussionen zum sozialen Zusammenhalt in Sri Lanka verwendete Begriff der „social unity“ beschreibt die Idee einer religiös und ethnisch homogenen singhalesischen Nation und ist in diesem Sinne geradezu konträr zu einem Kohäsionskonzept, das die Akzeptanz von Diversität und die Herausbildung von Vertrauen über enge kommunale Identitätsgruppen hinweg betont (Trinn 2020). Ähnlich verhält es sich in Burma bzw. der Republik der Union Myanmar (kurz: Myanmar), wie seit 1989 die amtliche Bezeichnung des Landes lautet. In Singapur hingegen verlaufen Debatten um den Zusammenhalt der Gesellschaft im Kontext einer obrigkeitstaatlichen Politik des verordneten „Multikulturalismus“, in deren Zentrum die staatlich verordnete Ideologie des friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher ethnischer und religiöser Gruppen steht (Prakesh 2020).

Die Stärke des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Asien

Der Asienradar untersuchte den sozialen Zusammenhalt in 22 Ländern in Asien für die Zeiträume 2004 bis 2008 („Welle 1“) und 2009 bis 2015 („Welle 2“). Die Ergebnisse sind in den nachfolgenden Abbildungen 2 und 3 zusammengefasst. Nach den Ergebnissen der zweiten Erhebungswelle sind Hongkong und Singapur die Gesellschaften mit dem stärksten Zusammenhalt, gefolgt von Thailand, Bhutan, Taiwan und Sri Lanka. Die letztgenannten Länder weisen einen stärkeren sozialen Zusammenhalt auf als die elf Länder der mittleren zweiten Kategorie, die von Japan bis Kambodscha reicht. Am unteren Ende der Rangliste befinden sich fünf südasiatische Länder. Offensichtlich ist die asiatisch-pazifische Großregion zu divers, als dass sich ein einheitliches, gesamtasiatisches Muster des gesellschaftlichen Zusammenhalts erkennen ließe. Vielmehr hat der Asienradar drei unterschiedliche Kohäsionscluster identifiziert. Der „südasiatische Cluster“ umfasst die fünf Gesellschaften mit dem geringsten Zusammenhalt in Asien: Afghanistan, Pakistan,

ABBILDUNG 2: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Asien

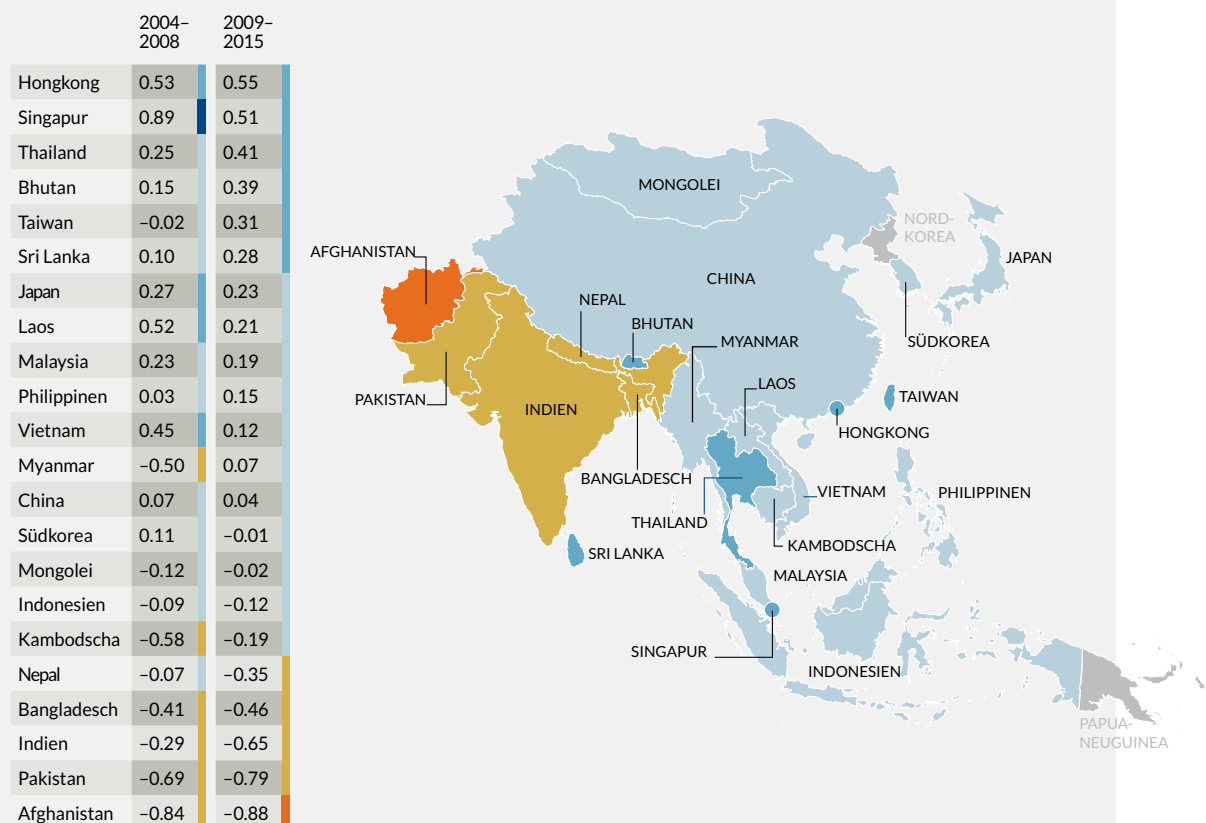
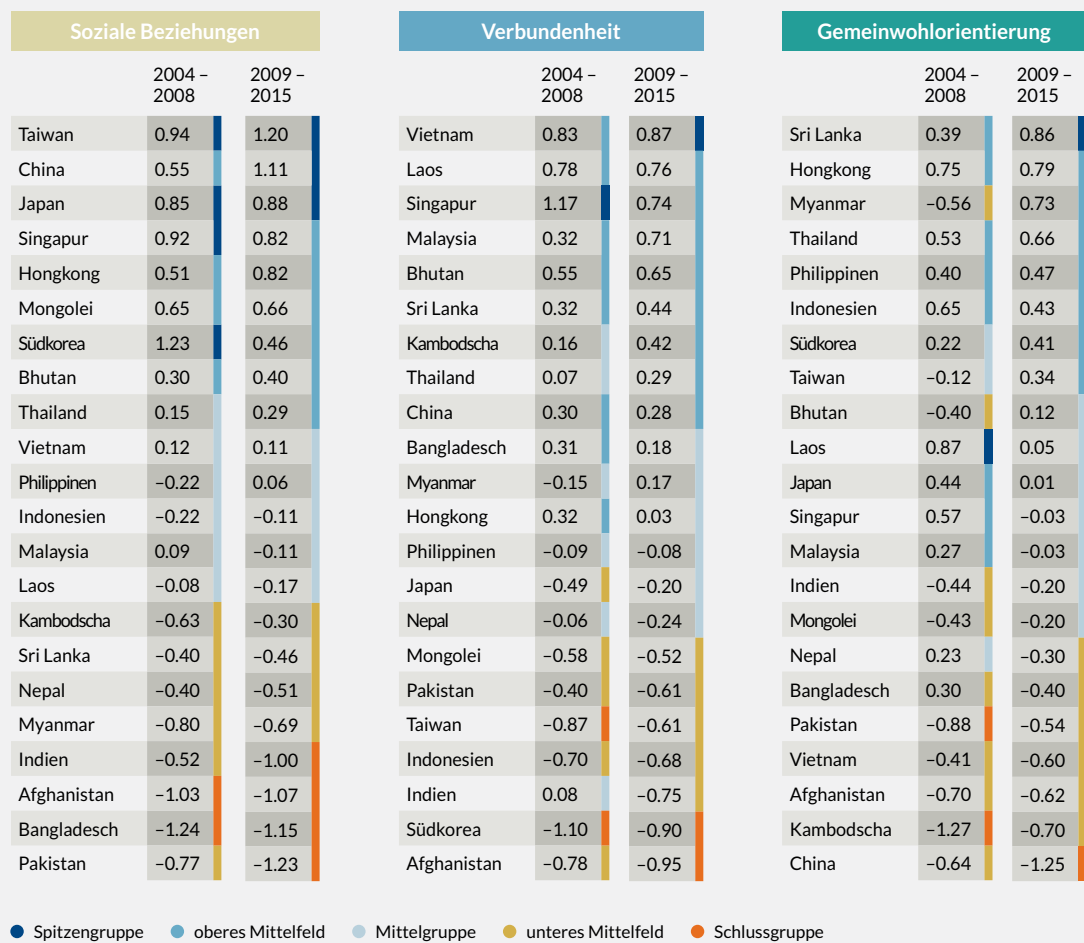


ABBILDUNG 3: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Asien



Quelle: Bertelsmann Stiftung

| BertelsmannStiftung

Bangladesch, Nepal und Indien. Diese Gesellschaften erreichen mittlere Werte bei der Identifikation mit der nationalen Gemeinschaft und der gesellschaftlichen Partizipation, was die Existenz einiger demokratischer Institutionen, wie (regelmäßige) Mehrparteienwahlen und ein relativ günstige Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Aktivitäten sowie einige Erfolge bei der Identitätsbildung, widerspiegelt. Da die Länder in diesem Cluster in allen anderen Dimensionen einen geringen bis sehr geringen sozialen Zusammenhalt aufweisen, scheint es fair, sie als „Gesellschaften mit geringem Zusammenhalt“ zu bezeichnen. Diese Gesellschaften kranken insbesondere auch an ungelösten Konflikten über das Verhältnis von Staat und Religion sowie von Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten, was sich in einer sehr geringen Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensstilen und einer politischen Radikalisierung widerspiegelt.

Der zweite („malaiisch-buddhistische“) Cluster umfasst acht südostasiatische Länder sowie Bhutan, die Mongolei und Sri Lanka. Obwohl der Cluster ein breites Spektrum unterschiedlicher Kulturen, politischer Institutionen und wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungsstufen abdeckt, sind die Länder überwiegend malaiisch und/oder buddhistisch geprägt. Im Kohäsionsindex schneiden sie insgesamt besser ab als Länder des ersten Clusters. In sechs von neun Kohäsionsdimensionen zeigen sie ein mittleres bis hohes Niveau an Zusammenhalt; demgegenüber tendieren diese Gesellschaften zu einem geringeren Vertrauen in Mitmenschen sowie ein schwächeres Gerechtigkeitsempfinden und geringere Anerkennung sozialer Regeln.

Der dritte Cluster beinhaltet China, Taiwan, Südkorea, Hongkong, Singapur und Japan. Diese Fallgruppe ist fast identisch mit dem, was der amerikanische Sinologe und Historiker Edwin O. Reischauer die „sinische Welt“ (Reischauer 1974) nannte. Diese Gesellschaften zeigen ein hohes Maß an zwischenmenschlichem Vertrauen, Akzeptanz von Vielfalt, Wahrnehmung von Fairness und Respekt für soziale Regeln, aber auch ein niedriges Maß an Identifikation mit der Gemeinschaft sowie ein eher geringes Maß an institutionellem Vertrauen und Bürgerbeteiligung.

Das Ranking der 22 Länder sowie die drei Cluster sind insgesamt plausibel. Und doch zeigen die Fallstudien, dass Kontextualisierungen wichtig sind, um die Ergebnisse einordnen und bewerten zu können. Indien ist nach China das zweitbevölkerungsstärkste Land der Welt, mit einer äußerst diversen Bevölkerung, der größten Dichte interethnischer und interreligiöser Gewaltkonflikte weltweit und einem restriktiven Kastensystem, das infolge von 70 Jahren Wahldemokratie zwar viel von seiner politischen Relevanz eingebüßt hat, dessen jahrtausendealte Hierarchie aber vielerorts noch immer das soziale und kulturelle Leben bestimmt. Soziale Fragmentierung und Demokratisierung, so Subrata Mitra in seiner Fallstudie zu Indien, sind keine sich wechselseitig ausschließenden Prozesse, sondern unterstützen sich gegenseitig und bilden im indischen Kontext ein dynamisches Gleichgewicht (Mitra 2020). So ist Demokratie in Indien gerade aufgrund der starken Fragmentierung und der zentrifugalen Tendenzen in der Gesellschaft notwendig, um die notwendige gesellschaftliche Stabilität zu gewährleisten. Hierzu gehören ein inklusiver Verfassungsentwurf, ein institutioneller Wahlprozess, der konventionelle politische Partizipation mit der Möglichkeit zu „rationalem Protest“ verbindet, eine integrative Konzeption von Staatsbürgerschaft, eine unabhängige Justiz sowie effiziente politische Parteien bzw. Parteienkoalitionen und eine aktive Zivilgesellschaft. Dadurch unterscheidet sich Indien von anderen Staaten Südasiens mit geringem sozialen Zusammenhalt wie Pakistan und Bangladesch, die bislang nicht in der Lage waren, dauerhaft eine stabile demokratische Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Fallstudie zu Bangladesch lenkt den Blick deshalb von den Defiziten des sozialen Zusammenhalts auf jene Strukturen und Mechanismen, die dem Auseinanderbrechen der Gesellschaft trotz ihrer zahlreichen Bruchlinien entgegenwirken, insbesondere Patrimonialismus, politische Parteien und informelle Austausch- oder Vermittlungsmechanismen zwischen Staat und Gesellschaft. Ähnlich wie in Indien ist die politische Ordnung funktional für die Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung, wobei jedoch der zunehmend autoritäre Charakter derselben im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts skeptisch bewertet wird (Riaz 2020).

Das recht hohe Niveau des sozialen Zusammenhalts in dem vorwiegend muslimischen Inselstaat Indonesien steht in einem auffälligen Kontrast zu anderen asiatisch-muslimischen Ländern. Die Fallstudie identifiziert vier Erklärungsfaktoren für den relativ starken Zusammenhalt der indonesischen Gesellschaft (angesichts der Ausgangs- und Hintergrundbedingungen): gemeinsame historische Erfahrungen, ein relativ erfolgreicher Nationsbildungsprozess, indigene Traditionen und die erfolgreiche Förderung einer gemeinsamen Sprache. Aktuell gerät diese Erfolgsformel gesellschaftlichen Zusammenhalts durch starke Islamisierungs- und Radikalisierungstendenzen verstärkt unter Druck (Ziegenhain 2020). Die aktuell größten Herausforderungen für die Bewahrung sozialer Kohäsion sind demnach die wachsende religiöse Radikalisierung und Intoleranz gegenüber Andersgläubigen oder moderaten Musliminnen und Muslimen sowie eine wachsende wirtschaftliche Ungleichheit.

Ähnlich ist auch in Myanmar und Sri Lanka die zentrifugale Wirkung religiös motivierter politischer Radikalisierung die vielleicht größte Herausforderung für soziale Kohäsion. Die Fallstudien zu beiden Ländern thematisieren darüber hinaus Ungereimtheiten in den quantitativen Befunden des Asienradars. Denn dieser zeichnet für Sri Lanka das Bild eines überraschend starken gesellschaftlichen Zusammenhalts und diagnostiziert für Myanmar eine deutliche Zunahme sozialer Kohäsion in der zweiten Erhebungswelle. Beides passt nur schwer zu der gewaltsamen Vergangenheit und Gegenwart beider Länder, die durch Jahrzehnte des Bürgerkriegs und tiefe Polarisierungen sowie, in jüngster Zeit, eine von extremistischen buddhistischen Akteuren getragene, vor allem gegen die muslimischen Minderheiten in den Ländern gerichtete politische Radikalisierung geprägt ist. Tatsächlich ist die plurale Gesellschaft Myanmars historisch um die Vorstellung einer birmanisch-buddhistischen Mehrheitsidentität konstruiert, wodurch nicht birmanische (und nicht buddhistische) Minderheiten systematisch ausgeschlossen und diskriminiert werden. Fünf Jahrzehnte repressiver Militärregierung, wirtschaftlicher Entbehrung und ethnischer Konflikte führten zu einem Zusammenbruch des zwischenmenschlichen und institutionellen Vertrauens sowie zu einer Segmentierung des sozialen Zusammenhalts entlang ethnischer Spaltungen. Während die politische Liberalisierung seit 2010 einen positiven Einfluss auf den sozialen Zusammenhalt hatte, bedrohen der Mangel an demokratischen Fortschritten seit 2016, ein Wiederaufleben religiöser Intoleranz und die Vertiefung der wirtschaftlichen und horizontalen Ungleichheiten den fragilen und instabilen Zustand des sozialen Zusammenhalts in diesem südostasiatischen Land.

Die Fallstudie zu Sri Lanka wiederum thematisiert den Befund einer relativ hohen sozialen Kohäsion im Asienradar vor dem Hintergrund einer historisch-institutionalistischen Analyse interethnischer Beziehungen seit der Spätphase der britischen Kolonialherrschaft. Dabei werden vor allem die „dunklen Seiten“ des starken Zusammenhalts einzelner sozialer Gruppen in gespaltenen Gesellschaften herausgearbeitet. Zwar erscheint das Land im Asienradar als eine der kohäsivsten Gesellschaften in Asien. Doch der Zusammenhalt der Gesellschaft beruht zu einem beträchtlichen Teil auf politischem und militärischem Zwang. Sri Lankas Tamilen sind gezwungen, einem Staat anzugehören, in dem sie nicht erwünscht sind und zu dem sie sich selbst nicht zugehörig fühlen. Diese paradoxe Situation ergibt sich aus

dem einzigartigen singhalesischen Verständnis von Sri Lanka als einer unteilbaren heiligen Insel. Die Kombination von Unitarismus und Majoritarismus, die sich daraus im Verhältnis zu den Tamilen ergibt, ist gleichzeitig der ideologische Klebstoff, der die innerlich zersplitterte singhalesische Gemeinschaft zusammenhält.

Die Fallstudien zur Volksrepublik China und Singapur eint der Fokus auf das politisch-gestalterische Handeln von Regierungen. Die Analyse der „Kohäsionspolitik“ der chinesischen Regierung im Bereich der Wohlfahrtspolitik verdeutlicht das Streben der Kommunistischen Partei Chinas nach einer sozialpolitischen Abfederung der nicht intendierten Folgen der seit den späten 1970er Jahren eingeleiteten Wirtschaftsreformen, insbesondere der sich verschärfenden Einkommensunterschiede und regionalen Disparitäten (Mok und Kang 2020). Im Sinne des Leitbilds der „harmonischen Gesellschaft“ versucht die Regierung, ihr Angebot an Sozialleistungen und sozialen Diensten zu erweitern, um den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Die chinesische Regierung spielt die Rolle eines anpassungsfähigen Entwicklungsstaates bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Folgen einer von ihr initiierten und gelenkten „komprimierten Modernisierung“. Für den Versuch des „Kohäsionsmanagements“ nach dem Leitbild des Konzepts der sozialen Harmonie sind die Verbesserung der sozialen Fürsorge und die verbesserte Erbringung von sozialen Versorgungsleistungen zentral. Dabei scheint es der Kommunistischen Partei durchaus gelungen zu sein, das institutionelle Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und ihre eigene Leistungslegitimität zu sichern. Zumindest in diesem Sinne lässt sich ein zwar autoritäres, bislang aber erfolgreiches Kohäsionsmanagement konstatieren.

In ähnlicher Weise verweist die Analyse zu Singapur auf die herausragende Rolle des Staates bei der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die seit 1959 regierende People's Action Party (PAP) folgt hierbei einem stark sozial-interventionistischen Ansatz, der Ethnie (oder „race“) und Religion als die wichtigsten Bruchstellen des sozialen Gefüges im Stadtstaat betrachtet. Die Staatspartei hat seither ein wirkungsmächtiges Narrativ für Singapurs Gesellschaft etabliert, das die politische Legitimität des Staates und die ideologische Hegemonie der PAP begründet und stärkt. Die Bewahrung und Pflege eines hohen Maßes an sozialem Zusammenhalt im Stadtstaat ist daher für die Regierungspartei von herausragender Bedeutung. Gleichwohl ist auch der gesellschaftliche Zusammenhalt Singapurs nicht vor Herausforderungen gefeit, die sich wesentlich aus dem sozialen Wandel ergeben. Inwieweit die etablierten politischen und administrativen Instrumente der Kohäsionspolitik in Singapur für deren Bearbeitung angemessen sind oder mit Erfolg justiert werden können, bleibt abzuwarten. Zumindest in der aktuellen COVID-19-Pandemie scheint dies jedoch der Fall zu sein.

Im Unterschied zu den autoritären Systemen in China und Singapur gibt es in der südkoreanischen Demokratie bislang keine dezidierte Kohäsionspolitik, wengleich auch hier die Politik in wachsendem Maße auf Gefährdungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Notwendigkeit eines Gegensteuerns aufmerksam geworden ist. Dies ergibt sich insbesondere aus dem in der Fallstudie als „dreifaches Paradox sozialer Kohäsion“ identifizierten Problemlage. Zum einen ist Südkorea zwar eine der ethnisch und kulturell homogensten Gesellschaften weltweit und verfügt über eine bis in das 14. Jahrhundert zurückreichende Geschichte geeinter Staatlichkeit, weshalb viele der Probleme des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den multiethnischen und postkolonialen Staaten Süd- und Südostasiens für die südkoreanische Gesellschaft unerheblich sind. Zugleich aber ist der Grad der Identifikation mit der sozialen Gemeinschaft und insbesondere mit der Nation eine der geringsten in ganz Asien. Zum anderen ist Südkorea eine von nur drei (leidlich) gut funktionierenden liberalen Demokratien in Asien. Dennoch ist das Vertrauen in die Kerninstitutionen des demokratischen Systems gering – und nimmt weiter ab. Schließlich war Südkorea seit den 1960er Jahren (gemeinsam mit Taiwan) geradezu das Paradebeispiel für eine nachholende Industrialisierung und schnelles Wirtschaftswachstum bei vergleichsweise geringer Ungleichheit in der Einkommensverteilung. Auch wenn dies, nicht zuletzt infolge der durch die asiatische Finanz- und Währungskrise von 1997 bis 1998 angestoßenen Liberalisierung des Arbeitsmarktes in dieser Form nicht mehr gilt, weist das Land doch weiterhin eine deutlich flachere Ungleichheitskurve auf als die meisten Ökonomien in der Region. Zudem kam es nicht zuletzt infolge der Demokratisierung ab Ende der 1980er Jahre zu einer Expansion der Sozialversicherungssysteme (vor allem der Alters- und Krankenversicherung). Viel stärker als in anderen Ländern jedoch hat ein Großteil der Bevölkerung den Eindruck, in einer ungleichen und ungerechten Gesellschaft mit besonders geringer sozialer Mobilität zu leben. Zugleich sieht sich Südkoreas Gesellschaft neuen Herausforderungen mit potenziell dramatischen Auswirkungen für den Zusammenhalt gegenüber, z.B. die Integration von nicht ethnischen Koreanerinnen und Koreanern, Migrantinnen und Migranten sowie der bislang noch recht kleinen, aber stetig wachsenden Zahl nordkoreanischer Flüchtlinge.

Woraus sich soziale Kohäsion in Asien speist

Der Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird von vielen Faktoren beeinflusst. Die meisten internationalen Vergleichsstudien finden einen positiven Zusammenhang von sozialer Kohäsion und Wohlstand (gemessen in Pro-Kopf-Einkommen) bzw. Demokratie (politische Freiheiten, bürgerliche Rechte) sowie einen negativen Zusammenhang von Einkommensungleichheit (Gini-Index) bzw. innerstaatlicher Gewalt und sozialem Zusammenhalt (Coburn 2000; Laurence 2011; Letki 2008; Lolle und Torpe 2011; van Staveren und Pervaiz 2017; van der Meer und Tolsma 2014; Vergolini 2011). Einige qualitative Studien mit kleiner Fallzahl deuten zudem darauf hin, dass neben der Einkommensungleichheit zwischen Individuen oder Haushalten („vertikale“ Ungleichheit) auch Ungleichheiten zwischen sozialen (meist ethnisch definierten) Gruppen („horizontale Ungleichheit“, Stewart 2008) mit einem geringen Maß an sozialem Zusammenhalt und sozialer Integration zusammenhängen. Wilkinson und Pickett (2009) argumentieren beispielsweise, dass dort, wo es ein hohes Maß an Ungleichheit gibt, ein geringeres Maß an sozialem Zusammenhalt besteht, was sich in höheren Kriminalitätsraten, geringerer politischer Beteiligung, geringerem Vertrauen und größerer Ungleichheit beim Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung äußert. In ihrer Studie zu Subsahara-Afrika stellen Langer und Koautoren fest, dass horizontale Ungleichheit negative Auswirkungen auf den Zusammenhalt der Gesamtgesellschaft hat, innerhalb einzelner sozialer Gruppen aber Kohäsion stärken kann (Langer et al. 2017). Mit horizontalen Ungleichheitsargumenten hängt die Annahme zusammen, dass ethnische oder kulturelle Diversität (gemessen über Fraktionalisierungsmaße wie von Alesina et al. 2003) gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächt. Die empirischen Befunde hierfür sind jedoch uneinheitlich und manches deutet darauf hin, dass die Beziehung zwischen ethnisch-kultureller Diversität und gesellschaftlichem Zusammenhalt nicht monoton ist (vgl. auch van der Meer und Tolsma 2014: 460; Schaeffer 2013).

Die Ergebnisse des Asienradars decken sich in weiten Bereichen mit denen vorliegender Studien, weichen jedoch in zwei wichtigen Punkten in überraschender Weise davon ab. Zum einen zeigen Länder mit niedrigerer Einkommensungleichheit keine stärkere soziale Kohäsion als Länder mit einer höheren Einkommensungleichheit, d. h. der gesellschaftliche Zusammenhalt in Asien scheint losgelöst von ökonomischer Ungleichheit in einem Land zu sein. Zum anderen zeigte sich, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt dort stärker ist, wo weniger freiheitliche und stärker autoritäre politische Systembedingungen bestehen. Insbesondere sind das Misstrauen in die politischen Institutionen und die Wahrnehmung von sozialer Fairness und Gerechtigkeit dort schwächer, wo politische Rechte weniger gut gewährleistet sind (Dragolov et al. 2018: 129).

Die acht Fallstudien blicken daher besonders auf das Verhältnis von sozialer Kohäsion und Ungleichheit bzw. politischen Institutionen und Systemstrukturen. Zunächst lässt sich festhalten, dass die Bürgerinnen und Bürger in Asien mehrheitlich ein anderes Demokratieverständnis pflegen, als es in westlichen Gesellschaften vorherrscht. Gegenüber dem im Westen mehrheitlich geteilten prozeduralen Verständnis von Demokratie, das demokratische Rechte und Verfahren betont, dominieren in Asien substanzielle Interpretationen von Demokratie, die vor allem Aspekte wie „gute Regierungsführung“ und „soziale Gleichheit“ hervorheben.

Gegenüber dem im Westen mehrheitlich geteilten prozeduralen Verständnis von Demokratie, das demokratische Rechte und Verfahren betont, dominieren in Asien substanzielle Interpretationen von Demokratie, die vor allem Aspekte wie „gute Regierungsführung“ und „soziale Gleichheit“ hervorheben.

Bemerkenswerte Unterschiede bestehen zudem zwischen historisch konfuzianisch geprägten Ländern des sinischen Clusters und nicht konfuzianischen Gesellschaften. Zwar sind konfuzianische Werte in den sinisch geprägten Gesellschaften heute weniger weit verbreitet als in der Vergangenheit, aber ihr negativer Einfluss auf die Unterstützung liberal-demokratischer Werte ist auch in Demokratien beträchtlich (Mauk 2020; Shin 2017). Zudem ist die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger für die politischen Institutionen in den meisten asiatischen Ländern stark abhängig von der materiellen Politikleistung des politischen Systems und die Bürgerinnen und Bürger in vielen Demokratien sind deutlich unzufriedener mit dem Funktionieren des politischen Systems als dies in Autokratien der Fall ist. Zudem haben die Bürgerinnen und Bürger in nicht demokratischen Systemen meist ein größeres Vertrauen in die politischen Institutionen als Bürgerinnen und Bürger in Demokratien: Ironischerweise sind es gerade jene politischen Systeme, deren Demokratiequalität in den gängigen Demokratiebarometern von (häufig westlichen) Expertinnen und Experten besonders gut eingeschätzt werden, in denen die Bürgerinnen und Bürger besonders wenig institutionelles Vertrauen zeigen.

Der im Asienradar aufgezeigte negative Zusammenhang von Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt beruht demnach vor allem auf der vergleichsweise geringen Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Funktionieren der Demokratie, den politischen Ergebnissen des demokratischen Prozesses und einem schwachen Vertrauen in die politischen Institutionen in demokratischen Systemen. Dazu passt die Beobachtung von Mok und Kang (2020) in ihrer Fallstudie zu China, dass es der (autoritären) Regierung bislang zumindest gelungen zu sein scheint, durch wirtschaftliche und politische Leistungsfähigkeit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Institutionen zu festigen und eine leistungsbezogene Unterstützung für das politische Regime aufzubauen. Die Fallstudie von Mok und Kang berichtet auch über ein weiteres wichtiges Ergebnis zum institutionellen Vertrauen in China: Während international vergleichende Studien zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger in den meisten Ländern mehr Vertrauen in die lokalen Regierungsinstitutionen haben, mit denen sie im Alltag auch eher interagieren, als in die nationalen Institutionen, zeigt sich in China das Gegenteil. Worauf dieser Befund wie auch die allgemeine Zufriedenheits- und Vertrauenskrise der politischen Institutionen in den asiatischen Demokratien (im Vergleich zu den Autokratien) zurückzuführen sind, ist jedoch nicht mit Sicherheit zu sagen. Drei mögliche Erklärungen bieten sich an.

Weil sie von der Demokratie mehr erwarten und weil sie über Erfahrungen mit der realen Funktionsweise von Demokratien verfügen, sind die Bürgerinnen und Bürger in Demokratien allgemein kritikbereiter und stehen den politischen Institutionen und dem politischen Regime als solchem kritischer gegenüber als in Autokratien.

Eine erste Erklärung lautet, dass die überwiegend schwachen Demokratien in der Region nicht oder nur in geringerem Maße von den demokratiespezifischen Legitimationsvorteilen dieses Regimetyps profitieren, weil sie zum einen nicht über eine starke Input-Legitimation verfügen, da die demokratischen Verfahren nur mangelhaft funktionieren; zum anderen können nur wenige der betrachteten Demokratien gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern mit guter politischer und sozioökonomischer Performanz glänzen. So zeigen die Daten der Weltbank, dass die meisten asiatischen Demokratien im internationalen Demokratievergleich recht bescheidene Regierungsleistungen abliefern; auch ist ihre wirtschaftliche Effektivität im Vergleich zu den Hochwachstumsdiktaturen wie China und Singapur weniger beeindruckend. Zwar schneiden letztere bei der Gewährleistung bürgerlicher und politischer Rechte schlechter ab als Demokratien; in puncto gesellschaftlicher und politischer Stabilität sowie Bereitstellung von öffentlichen Gütern stehen sie aber vergleichsweise gut da. Freilich lässt sich damit kaum erklären, warum ausgerechnet die vergleichsweise „gut funktionierenden“ Demokratien in Japan, Südkorea und Taiwan, deren Bürgerinnen und Bürger ein in Asien allenfalls mit Singapur vergleichbares Maß an Sicherheit, Wohlfahrt und Lebenschancen genießen, besonders wenig Institutionenvertrauen aufweisen.

Allerdings scheint nicht wirtschaftliche Leistungsbilanz allein, sondern vor allem die wahrgenommene Responsivität der Regierungen gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern bedeutsam zu sein. Über die verschiedenen Regimekategorien hinweg gilt, dass Bürgerinnen und Bürger mehr Unterstützung für ihr Regime erkennen lassen, wenn sie der Meinung sind, dieses trete ein für (ökonomische) Gleichheit und bekämpfe Korruption, und wenn die Bürgerinnen und Bürger allgemein mit der Leistung der Politik zufrieden sind. Diese Wahrnehmung kann jedoch ganz erheblich von dem statistisch gemessenen Grad an wirtschaftlicher (Un)Gleichheit abweichen und natürlich auch vom tatsächlichen Ausmaß an Korruption und Vetternwirtschaft in einem Land.

Eine zweite Erklärung könnte lauten, dass Asiens Demokratien an der Kongruenz von politischer Kultur und demokratischer Struktur gebrechen. Da die politischen Kulturen der demokratisch regierten Länder durch starke Bindungen an autoritäre Werthaltungen geprägt sind, ist die diffuse Unterstützung für die Demokratie gering. Im Unterschied hierzu ist in den Autokratien eine stärkere Kongruenz von Kultur und Institutionenstruktur gegeben, was das höhere Maß an Unterstützung erklären würde. Allerdings ist die empirische Unterstützung für diese Interpretation gemischt. Einerseits kommen Untersuchungen tatsächlich

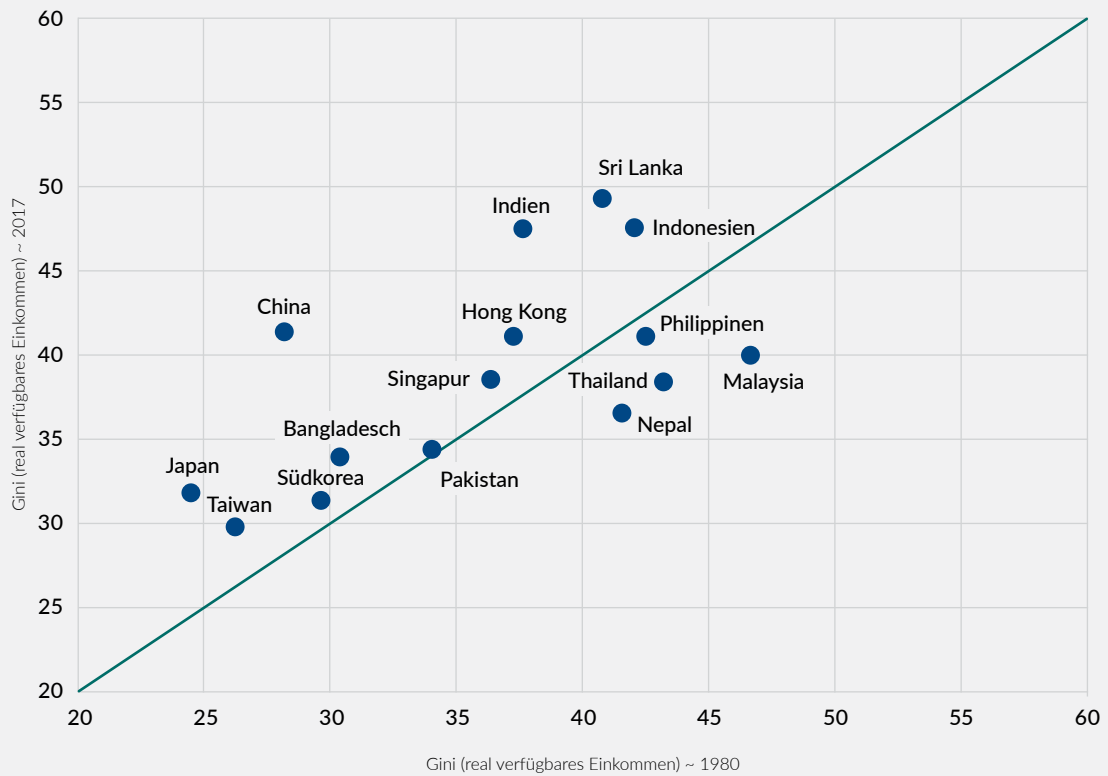
zu dem Ergebnis, dass in vielen Gesellschaften Asiens autoritäre Bedeutungszuschreibungen an die Demokratie vorherrschen, welche die Wahrnehmung der demokratischen Qualität des jeweiligen politischen Systems beeinflussen. Während die Bürgerinnen und Bürger in den Demokratien Asien chronisch den Demokratiegrad ihres politischen Systems unterschätzen, ist es in Autokratien genau umgekehrt (Croissant 2017).

Eine dritte und konträre Interpretation des erklärungsbedürftigen Befundes lautet: Der Vergleich des institutionellen Vertrauens in den Demokratien und den Autokratien Asiens verkennt den grundlegenden Unterschied zwischen beiden Regimeformen. Mit dem Genuss größerer politischer Freiheiten und der Ausbreitung von „emanzipativen“ Werten auch in den entwickelten Industriestaaten Ostasiens steigt der Grad an Freiheit und Bereitschaft zur freien Äußerung auch kritischer Meinungen. Daher erlauben Demokratien mehr Kritik und werden auch häufiger und von mehr Bürgerinnen und Bürgern mit dieser konfrontiert. Zugleich wachsen – ähnlich wie in westlichen Demokratien – die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an das demokratische System und zwar sowohl im Hinblick auf die politischen Partizipationsmöglichkeiten als auch hinsichtlich dessen, was demokratische Regierungen für die Einzelne oder den Einzelnen leisten sollen. Weil sie von der Demokratie mehr erwarten und weil sie über Erfahrungen mit der realen Funktionsweise von Demokratien verfügen, sind die Bürgerinnen und Bürger in Demokratien allgemein kritikbereiter und stehen den politischen Institutionen und dem politischen Regime als solchem kritischer gegenüber als in Autokratien.

Zumindest in der Forschung zu westlichen (etablierten) Demokratien wird dieser Bürgertypus der kritischen (unzufriedenen) Demokratin oder des kritischen (unzufriedenen) Demokraten inzwischen weniger als Gefährdung, sondern eher als potenziell innovative Kraft in der Demokratie gewertet.

Ein zweiter Schwerpunkt der Analyse, der sich wie ein roter Faden durch die Fallstudien zieht, betrifft die Beziehung zwischen Ungleichheit, Konflikt und sozialem Zusammenhalt. Die international vergleichende Forschung findet empirische Hinweise dafür, dass ein hohes Maß an „vertikaler Ungleichheit“ (d. h. Einkommensungleichheit zwischen Einzelpersonen oder Haushalten) und „horizontaler Ungleichheit“ (d. h. Ungleichheiten zwischen Gruppen, die mit identitätsbasierten Spaltungen zusammenfallen) mit einem niedrigen Maß an sozialem Zusammenhalt und sozialer Integration zusammenhängen (Stewart 2008; Wilkinson und Pickett 2009). Frühere Studien gingen davon aus, dass kohäsive Gesellschaften nicht ganze Teile ihrer Bevölkerung vom Zugang zu öffentlichen Gütern, Grunddienstleistungen und Konsummöglichkeiten ausschließen (Rocco, Fumagalli und Suhrcke 2014; Alesina und Guiliano 2015). Im Gegensatz dazu findet sich dort, wo es ein hohes Maß an Ungleichheit gibt, ein geringeres Maß an sozialem Zusammenhalt, was sich in höheren Kriminalitätsraten, geringerer politischer Beteiligung, geringerem Vertrauen und größerer Ungleichheit beim Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung äußert. Ein Mangel an sozialem Zusammenhalt trägt auch zu gewaltsamen Konflikten auf lokaler Ebene bei, während starker Zusammenhalt bessere Möglichkeiten bietet, Konflikte zu schlichten, bevor sie in die Gewalt abgleiten (Colletta und Cullen 2000: 4).

ABBILDUNG 4: Einkommensungleichheit in Asien (1980 und 2017)



Anm.: Der Gini-Index ist das am häufigsten verwendete Maß für die Verteilung des Einkommens zwischen Einzelpersonen oder Haushalten in einer Gesellschaft. Er reicht von fast 0 bis 100. Höhere Werte drücken eine höhere Ungleichverteilung aus. Wir stützen uns auf Schätzungen der Standardized World Income Inequality Database (SWIID) Version 8. Diese Daten umfassen die Jahre 1980–1984 und 2009–2017, je nach Datenverfügbarkeit. Quelle: Solt 2019.

Laut dem Asienradar sind Wohlstand, Bildung, Lebenserwartung, der Grad der Gleichstellung der Geschlechter und eine Einkommensdeprivation die besten Prädiktoren für den sozialen Zusammenhalt in Asien. Hingegen ist Einkommensungleichheit nicht linear mit dem Grad der sozialen Kohäsion verbunden. Moderate Einkommensungleichheit scheint sogar positiv auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wirken (Dragolov, Koch und Larsen 2018b: 109). Die asiatischen Fallstudien verdeutlichten jedoch, dass sowohl vertikale als auch horizontale Ungleichheiten zu betrachten sind. Zudem korrelieren subjektiv empfundene Ungleichheit und Ungerechtigkeiten nur eingeschränkt mit „objektiv“ gemessenen Ungleichheiten. Die Wahrnehmung einer ungerechten Einkommensverteilung und zunehmender oder anhaltender wirtschaftlicher Ungleichheiten ist in Ländern wie Südkorea, China und Singapur ein zentrales Thema, während die Ungleichheit zwischen den Gruppen eine Hauptquelle für gewaltsame Konflikte in Sri Lanka und Myanmar ist.

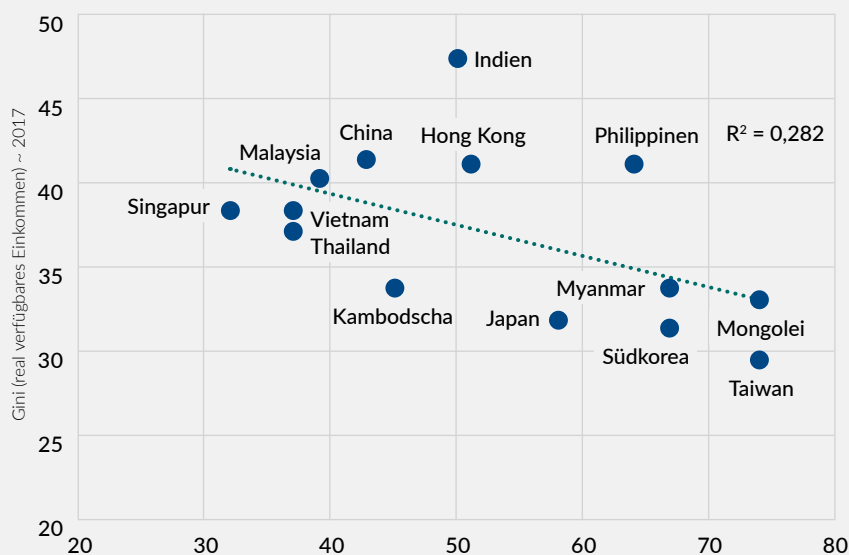
Die Abbildung 4 veranschaulicht die Entwicklung der Einkommensungleichheit in den Ländern des Asienradars mit Datenverfügbarkeit. Zu Beginn der 1980er Jahre war das Niveau der Ungleichheit in Ostasien relativ niedrig. Der niedrigste Gini-Koeffizient wurde Anfang der 1980er Jahre in Japan gemessen, gefolgt von Taiwan und Südkorea. Diese Länder erzielten nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere seit Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre ein rasches Wirtschaftswachstum, konnten aber gleichzeitig das Niveau der Einkommensunterschiede relativ niedrig halten. Auch in China war die Einkommensungleichheit vor Beginn der Reformperiode und der wirtschaftlichen Öffnung (ab 1978) recht gering. Im Gegensatz dazu wiesen Süd- und Südostasien ein deutlich höheres Niveau an Ungleichheit auf.

Ein Mangel an sozialem Zusammenhalt trägt zu gewaltsamen Konflikten auf lokaler Ebene bei, während starker Zusammenhalt bessere Möglichkeiten bietet, Konflikte zu schlichten, bevor sie in die Gewalt abgleiten.

Mit Ausnahme Nepals, der Philippinen, Thailands und Malaysias verzeichnen alle Länder der Region in den letzten etwa vier Jahrzehnten eine deutliche Zunahme der Ungleichheit, insbesondere in den 1990er und 2000er Jahren, als sich das Tempo der Globalisierung und der Integration der Region in die Weltwirtschaft beschleunigte. Ende der 2010er Jahre war Sri Lanka das Land mit dem höchsten Grad an vertikaler Ungleichheit: Sein Gini-Index stieg von 41 im Jahr 1980 auf 49 im Jahr 2015, gefolgt von Indonesien (von 42 auf 47), Indien (von 38 auf 47) und China (von 28 auf 42).

Trotz einer deutlichen Zunahme der Einkommensunterschiede in den 1990er und 2000er Jahren, teils noch verstärkt durch die asiatische Währungs- und Finanzkrise von 1997 bis 1998, haben Japan, Südkorea und Taiwan weiterhin die niedrigste Ungleichheit in der Region. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in diesen drei Ländern scheint die Einkommensungleichheit jedoch viel kritischer zu sehen als in den übrigen Ländern (s. Abbildung 5). In Ländern wie Malaysia, Vietnam, Indonesien und China, in denen die Ungleichheit viel ausgeprägter ist, scheinen die Bürgerinnen und Bürger deutlich weniger besorgt und mit der bestehenden Einkommensverteilung unzufrieden zu sein. Offenkundig besteht in den meisten Ländern Asiens schlicht eine große Lücke zwischen dem, was die ökonomischen Indikatoren messen, und wie die Bürgerinnen und Bürger wirtschaftliche Ungleichheit wahrnehmen.

ABBILDUNG 5: **Perzeption der Einkommensungleichheit in Asien**



Gefragt wurde: „Wie gerecht ist Ihrer Meinung nach die Einkommensverteilung in diesem Land?“
Die Skala zeigt den Prozentsatz der Befragten, die mit „sehr ungerecht“ und „ungerecht“ geantwortet haben.

Quelle: Asian Barometer Wave 4th Survey² und Solt 2019.

| BertelsmannStiftung

Die Fallstudien zu Sri Lanka und Myanmar veranschaulichen zudem die negativen Auswirkungen horizontaler Ungleichheiten auf den sozialen Zusammenhalt. In fragmentierten Gesellschaften wie Sri Lanka und Myanmar fehlt es an Vertrauen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, was gemeinwohlorientiertes Handeln verhindert und den Nährboden für politischen Radikalismus und Sektiererertum bildet. Ein Beispiel dafür ist Sri Lanka, wo zwar ein starker sozialer Zusammenhalt innerhalb religiös-ethnischer Gemeinschaften (sogenannter communal groups) besteht, aber der Zusammenhalt über Gruppengrenzen hinweg gering ist (Trinn 2020). Myanmar und Sri Lanka sind tief gespaltene Gesellschaften mit einer langen und tragischen Geschichte von ethnischen Spannungen, Bürgerkriegen und staatlicher Fragilität. Verschiedene ethnische Gemeinschaften leben nebeneinander ohne viel Austausch über Gruppengrenzen, die ethnischen Beziehungen sind stark polarisiert, und die „Nation“ wird regelmäßig mit der Mehrheitsgesellschaft – den Singhalesen in Sri Lanka und den Bamar in Myanmar – gleichgesetzt. Der soziale Zusammenhalt ist mit der Staatsbildung und den Erzählungen zur nationalen Identität verbunden. Die Bemühungen von Staatsgründern in den beiden postkolonialen Nationen, ihre Gesellschaften kohärent(er) zu machen, können und wurden oft mit staatlichem Zwang und Gewalt verbunden. Dementsprechend war die soziale und politische Einheit immer etwas, das erzwungen werden musste und nie wirklich mit der Ebene des Nationalstaates verbunden war, sondern auf den Bereich der ethnischen Gruppe beschränkt blieb.

Im Gegensatz zu Myanmar war Sri Lanka seit der Unabhängigkeit im Jahre 1947 fast durchgängig eine Demokratie. Die Mehrheitsdemokratie hat jedoch nicht die horizontalen Ungleichheiten, die zu sozialer Spaltung führten, beseitigt, sondern es den politischen Führerinnen und Führern des singhalesischen Buddhismus, die in einer besseren Position waren, um Stimmen zu gewinnen und die demokratisch erzeugte politische Macht auszunutzen, erlaubt, ihre ethnische Gruppe gegenüber Tamilen und Muslimen zu privilegieren. Die relativ hohen Gesamtwerte für Sri Lanka im Asienradar reflektieren, so Christoph Trinn (2020), in erster Linie einen „hohen Grad an Zusammenhalt innerhalb der singhalesischen Gemeinschaft“, nicht aber der sri-lankischen Gesamtgesellschaft, in der es kaum interethnischen Zusammenhalt gibt. Die in der Fallstudie zu Myanmar ausgewerteten Befragungsdaten des Asia Barometer Survey (ABS) geben ebenfalls Grund zur Annahme, dass der soziale Zusammenhalt innerhalb der birmanisch-buddhistischen Mehrheitsethnie deutlich stärker ausgeprägt ist als über Gruppengrenzen hinweg (Bünthe 2020). Um einen Begriff der Sozialkapitalforschung aufzugreifen: Diese Formen des sozialen Zusammenhalts innerhalb einer Gruppe scheinen eher „verbindend“ („bonding“) als „überbrückend“ („bridging“) zu sein. Mit anderen Worten: Sie fördern starke innergemeinschaftliche Bindungen, die einerseits ein Gefühl der Identität und des gemeinsamen Zwecks verstärken, andererseits aber religiöse und ethnische Gruppen übergreifende Bindungen zwischen den Gemeinschaften schwächen oder beeinträchtigen (Putnam 2000).

Das Janusgesicht sozialer Kohäsion in Asien

Damit wurden bereits problematische Aspekte angesprochen, die in der vorherrschenden Forschungsliteratur zum gesellschaftlichen Zusammenhalt oft zu wenig Beachtung finden. Zum Beispiel finden Colletta und Cullen (2000), dass starke, ausgrenzende Bindungen des Sozialkapitals den Völkermord in Ruanda 1994 teilweise ermöglicht haben. Auch Sigrid Roßteutschers (2010) Analyse von 70 Ländern, darunter 28 Autokratien, kommt zu dem Ergebnis, dass Sozialkapital nicht demokratische politische Systemstrukturen stützen kann und dass Bürgerinnen und Bürger in Autokratien oftmals größeres Vertrauen in ihre Regierungen haben als Bürgerinnen und Bürger in Demokratien. Sie kommt zu dem Schluss, dass Sozialkapital zur Stabilisierung autoritärer Regime beiträgt und keine demokratisierende Wirkung hat.

Wie bereits dargelegt, besteht in Asien ein positiver Zusammenhang zwischen autoritären politischen Strukturen und dem sozialen Zusammenhalt, insbesondere dem Vertrauen in politische Institutionen. In dieser Hinsicht ist zu vermuten, dass der vergleichsweise hohe Grad des sozialen Zusammenhalts in Ländern wie China und Singapur positiv auf die Widerstandsfähigkeit und Stabilität des politischen Status quo wirkt. Gesellschaftlicher Zusammenhalt hat insofern offensichtlich ein Janusgesicht: Er kann der Kitt sein, der Gesellschaften zusammenhält, soziale Kooperationsdilemmata überwinden hilft und wirtschaftliche Entwicklung sowie gesellschaftliche Stabilität fördert. Er kann aber auch eine Quelle autoritärer Resilienz darstellen.

In dieser Hinsicht argumentiert auch die Fallstudie zu Indien, dass ein hoher sozialer Zusammenhalt, der auf autoritärer, mechanischer Solidarität beruht, erst eine Phase des Niedergangs durchlaufen müsse, bevor sich neue Varianten gesellschaftlichen Zusammenhalts etablieren können, welche als Basis organischer Solidarität dienen und Demokratie dauerhaft ermöglichen (Mitra 2020). In ähnlicher Weise betont Francis Stewart (2006) in ihren Arbeiten zu Konflikt und Ungleichheit, dass ein starker Zusammenhalt innerhalb einzelner Gruppe im Kontext tief gespaltener Gesellschaften – oft das Ergebnis horizontaler Ungleichheiten und früherer gewaltsamer Konflikte – autoritäre Strukturen und Machtausbeutung begünstigen kann. Einige der asiatischen Fallstudien legen auch nahe, dass Gesellschaften, die entlang der Linien von Ethnizität, Religion, Klasse oder anderen Zuschreibungen kollektiver Identität tief gespalten sind, eine Form „vergemeinschafteten“ („communal“) sozialen Zusammenhalts annehmen können: Dieser erstreckt sich nicht auf die Gesellschaft als Ganzes, sondern ist segmentiert und auf segregierte Kollektive beschränkt. Prominente Beispiele sind Sri Lanka und Myanmar. Kommunalisierter Zusammenhalt bedeutet, dass die Mitglieder dieser Gruppen einen hohen Grad an Kohärenz untereinander empfinden, verbunden mit einem hohen Grad an Entfremdung gegenüber Nichtmitgliedern. In Ermangelung von Erfahrungen und Institutionen, die Brücken schlagen, betont und verstärkt die Bindung innerhalb der Gruppe bereits bestehende soziale Unterschiede, indem sie das Gefühl der Zusammengehörigkeit innerhalb der Gruppe und ein geschärftes Bewusstsein für die Andersartigkeit außerhalb der Gruppe verstärkt. Das „Andere“ wird nicht anerkannt und einbezogen, sondern ausgeschlossen und abgelehnt, im Extremfall bis hin zur Verweigerung seines Existenzrechts. Darauf haben Forscherinnen und Forscher wiederholt als „dunkle Seite“ des sozialen Zusammenhalts und des Sozialkapitals hingewiesen (Gittel und Vidal 1998; Goodhand, Hulme und Lewer 2000).

Gesellschaftlicher Zusammenhalt hat insofern offensichtlich ein Janusgesicht: Er kann der Kitt sein, der Gesellschaften zusammenhält, soziale Kooperationsdilemma überwinden hilft und wirtschaftliche Entwicklung sowie gesellschaftliche Stabilität fördert. Er kann aber auch eine Quelle autoritärer Resilienz darstellen.

Der soziale Zusammenhalt kann somit ein Zeichen für die Integration einer Gesellschaft als Ganzes oder für die Überintegration ihrer Teile sein. In seiner Analyse zu Sri Lanka argumentiert Christoph Trinn (2020) etwa, dass „der singhalesische Nationalismus einen ständigen Feind braucht: christliche Kolonialherren, indische Einwanderer, tamilische Separatisten, jetzt muslimische Bürger“. Tatsächlich hetzen sowohl in Sri Lanka als auch in Myanmar militante buddhistische und nationalistische Extremisten gegen muslimische Minderheiten. Die internationale Kritik an der jüngsten Welle der ethnischen Säuberung der Rohingya seit 2017 hat die Unterstützung der buddhistischen Mehrheit für radikale buddhistische Bewegungen und Mönche, die Regierung und insbesondere das Militär weiter verstärkt. In Sri Lanka hat sich der Schwerpunkt der ethno-religiösen Gewalt seit 2009 von den hinduistischen Tamilen verschoben, da militante Organisationen wie die BBS (Buddhist Power Force) und die National Bhikkhu Front nun hauptsächlich gegen die Minderheit der sri-lankischen Muslime agitieren. Im Februar und März 2018 gab es beispielsweise Tage der Unruhen in den Distrikten Kandy und Ampara, in denen singhalesische Buddhisten zunächst Musliminnen und Muslime angriffen und Moscheen und muslimische Läden zerstörten. Anschließend gingen muslimische Mobs gewaltsam gegen Buddhistinnen und Buddhisten und buddhistische Tempel vor. Gerade Fälle wie Sri Lanka und Myanmar zeigen, warum die Ergebnisse der statistischen Analyse im Asienradar vertiefte Untersuchungen und Plausibilitätsprüfungen durch Fallstudien erfordern. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu beachten, dass sich die sozialen Spaltungen in Indien noch nicht zu großen, nationalen politischen Gruppen kumuliert haben, die zum Auseinanderbrechen des Landes oder zur Entstehung eines Bürgerkriegs wie in Sri Lanka oder Myanmar führen können. In Indien überschneiden sich die Spaltungen gegenseitig und führen zu kurzfristigen Koalitionen mit mehreren Kasten, mehreren Religionen und mehreren Sprachen. Die sich überschneidenden Spaltungen, der Auffangcharakter der politischen Parteien Indiens und die Bildung von breit angelegten politischen Koalitionen haben die Schärfe der sozialen Polarisierung weiter gemildert und gleichzeitig den geringen sozialen Zusammenhalt verstärkt. Doch mit dem Aufkommen der Hindutva als dem Kernkonzept des hinduistischen Nationalismus und einer starken und dauerhaften hindu-nationalistischen dominanten Partei in der indischen Politik ist die „Idee“ Indiens zu einem tief umstrittenen Konzept geworden“ (Mitra 2020).

Ausblick

Sozialer Zusammenhalt ist essenziell für gesellschaftliche Resilienz, gerade in Krisenzeiten wie der aktuellen COVID-19-Pandemie. Ein Mangel an sozialer Kohäsion befördert einen destruktiven Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten und Problemen, was nicht selten zu Gewalt führt. Umgekehrt erleichtert ein starker Zusammenhalt die gemeinwohlverträgliche Bearbeitung von Krisen und die Bewältigung ihrer Folgen. Zudem ist gesellschaftlicher Zusammenhalt die Grundlage für soziale Vielfalt und Integration sowie breite gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation.

Die diskutierten Fallstudien wurden allesamt vor dem Beginn der COVID-19-Pandemie abgeschlossen. Es wurden zahlreiche vergangene und aktuelle Herausforderungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt identifiziert und der Umgang mit diesen durch Gesellschaften und ihre Regierungen untersucht. In keinem Fall wurde hierbei das Verhältnis von gesellschaftlichem Zusammenhalt und Resilienz unter den Bedingungen einer globalen Gesundheitskrise diskutiert, welche sich rasch zu einer weltweiten und fundamentalen Krise von Wirtschaft und Politik entwickelt hat.

Sozialer Zusammenhalt ist essenziell für gesellschaftliche Resilienz, gerade in Krisenzeiten, wie der aktuellen COVID-19-Pandemie.

Die Pandemie trifft viele Gesellschaften zu einem Zeitpunkt, an dem sie bereits an soziopolitischer Polarisierung und sinkendem Zusammenhalt leiden. Das ist nicht nur in westlichen Demokratien wie den USA, Frankreich oder dem Vereinigten Königreich der Fall, sondern auch in asiatischen Ländern wie Indien und Thailand. In dem Maße, wie die Krise sich verschlimmert, werden Konflikte über Risikoeinschätzungen und den angemessenen Umgang mit diesen Risiken an Schärfe zunehmen. Das ist in vielen westlichen Demokratien schon jetzt zu beobachten, wenngleich die Vereinigten Staaten sicherlich ein Extrembeispiel sind, gilt aber auch für asiatische Länder. Die Isolation vieler Menschen, die Verlagerung der Kommunikation vom öffentlichen in den virtuellen Raum und wachsende materielle Not werden diese Probleme und die Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt verschärfen, zumal die aktuell vielerorts zu hörende Mahnung, die Krise betreffe alle und ließe sich nur gemeinsam bewältigen, auch nicht verdecken kann, dass die Pandemie nicht alle Menschen gleichermaßen betrifft, sondern unverhältnismäßig stark die am stärksten gefährdeten und unterrepräsentierten Gruppen. Verbeamtete Hochschullehrerinnen und -lehrer und gut ausgebildete IT-Expertinnen und Experten werden sich um ihr finanzielles Wohlergehen und ihre Lebensführung weniger Sorgen machen, als es die vielen Scheinselbstständigen und die im Niedriglohnsektor Beschäftigten tun.

Die COVID-19-Pandemie bedroht nicht nur nationale Volkswirtschaften und ihre politischen Systeme, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Doch ist der Einsatz einer funktionierenden Strategie und die Eindämmung der COVID-19-Krise eben auch dort eher möglich, wo der gesellschaftliche Zusammenhalt von vorneherein stärker ist.

Und doch ist das Verhältnis von Pandemie und Zusammenhalt vielschichtig. Denn schon jetzt ist evident, dass das Maß an gesellschaftlichem Zusammenhalt eine besondere Relevanz besitzt im Hinblick auf die Frage, wie gut einzelne Gesellschaften – im Westen wie in Asien – darauf vorbereitet sind, um mit den soziopolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen der Krise fertigzuwerden.

Die wirksamsten Strategien zur Eindämmung des Corona-Virus kommen derzeit aus Südkorea und Taiwan sowie aus Singapur und Hong Kong. Alle vier Länder formen (gemeinsam mit der Volksrepublik China) den sinischen Kohäsionscluster. Natürlich ist es zu früh, abschließend zu beurteilen, wie gut die dort von den Regierungen eingesetzten Strategien funktionieren – auch wenn wohl vermutet werden kann, dass keine von ihnen auch nur ansatzweise perfekt ist. Beispielsweise sieht sich das bislang für seinen Erfolg bei der Eindämmung des Virus gelobte Singapur aktuell einer Welle von Infektionen ausgesetzt, mit bislang ungekannten Zahlen an Neuinfizierten, vor allem unter den vielen ausländischen Niedriglohnarbeitern, die meisten aus Südasien, von denen viele unter erbärmlichen sanitären Bedingungen hausen müssen (BBC 2020). Auch in Südkorea wird befürchtet, dass eine Lockerung der Einschränkungen die Infektionszahlen erneut ansteigen lassen könnte.

Und doch gibt es Gemeinsamkeiten, u.a. früh angestoßene und flächendeckende Tests, die schnellstmögliche Isolation sowie prophylaktische Quarantäne, konsequente Durchsetzung von Schutz- und Kontrollmaßnahmen im öffentlichen Raum – vom Tragen von Schutzmasken im öffentlichen Raum bis hin zu Kontaktverboten – sowie ein möglichst lückenloses digitales Tracking von Infizierten und Kontaktpersonen. Ob diese Maßnahmen auf Dauer reichen, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen, wird sich aber noch zeigen müssen. Was jedoch schon jetzt zu erkennen ist, ist eine schnellere Reaktionszeit von Regierungen und eine höhere Bereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger, Eingriffe in die individuelle Freiheitssphäre zu akzeptieren – ohne dass dies die Wirtschaft oder das öffentliche Leben in den genannten Ländern allzu stark abwürgt. Der Einwand, dass all dies unter autoritären Systembedingungen geschieht, trifft ganz sicher auf Singapur, Hong Kong und China zu. Für Taiwan und Südkorea gilt dies jedoch nicht. Diese entwickelten Demokratien sind auch in der Lage, einwandfreie Nationalwahlen unter den Bedingungen der Pandemie abzuhalten, so etwa in Südkorea am 15. April 2020.¹

¹ Die Beteiligung an der Parlamentswahl lag mit 66,2 % um mehr als acht Prozentpunkte über der von 2016 und war die höchste seit 1992. Die breite Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger als auch das gute Ergebnis der Regierungspartei, die 57 Sitze hinzugewinnen konnte und nun die Mehrheit im Einkammerparlament stellt, können als Ausdruck des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in den demokratischen Prozess und die Zustimmung für das Handeln der Regierung in der Krise gelten.

Während westliche Demokratien wie Italien und die Vereinigten Staaten mächtig ins Straucheln geraten, erbringen asiatische Demokratien wie Südkorea und Taiwan eindrucksvolle Leistungen im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus. Während führende Politikerinnen und Politiker auf der ganzen Welt die Ausbreitung von COVID-19 bekämpfen, werden in immer mehr Ländern die Normen, die die Demokratie definieren – Wahlen, Beratungen und Debatten, Gewaltkontrolle und Bürgerrechte – auf unbestimmte Zeit auf Eis gelegt. Während manche Regierungen in westlichen Demokratien die Wahlen verschieben lassen, sich neue und umfassende Befugnisse übertragen lassen oder ihr Parlament gleich in Gänze entmachten (Ungarn), halten führende Politikerinnen und Politiker in Taiwan und Südkorea tapfer an der Demokratie fest und zeigen keine Neigung zur Selbstermächtigung auf Kosten des demokratischen Systems. Die COVID-19-Pandemie bedroht nicht nur nationale Volkswirtschaften und ihre politischen Systeme, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Doch ist der Einsatz einer funktionierenden Strategie und die Eindämmung der COVID-19-Krise eben auch dort eher möglich, wo der gesellschaftliche Zusammenhalt von vornherein stärker ist.

Es ist daher womöglich nicht schlicht Koinzidenz, dass vier der fünf Länder im sinischen Kohäsionscluster (Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan) bislang sehr ähnlich, schneller und scheinbar auch erfolgreicher auf die Krise reagiert haben als andere Länder, in Asien und darüber hinaus.

Die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben sind in Asien ebenso verheerend wie andernorts. Gerade in den wirtschaftlich weniger entwickelten Gesellschaften Süd- und Südostasiens, die auch ein geringeres Maß an Zusammenhalt aufweisen, drohen die Erfolge der letzten Jahre etwa in der Armutsbekämpfung gleichsam über Nacht zunichte gemacht zu werden. In jedem Fall verursacht die COVID-19-Krise tiefe Verwerfungen in den betroffenen Gesellschaften. Manche Gesellschaften dürften hierauf besser vorbereitet sein als andere. Der soziale Zusammenhalt wird für die Erholung der Gesellschaften nach der Krise von entscheidender Bedeutung sein. Das zeigt sich bereits jetzt.

Bibliographie

Alesina, Alberto, und Paola Giuliano (2015). „Culture and institutions“. *Journal of Economic Literature* (53) 4. 898–944.

Alesina, Alberto, Arnaud Devleeschauwer, William Easterly, Sergio Kurlat und Romain Wacziarg (2003). „Fractionalization“. *Journal of Economic Growth* (8) 2. 155–184.

BBC (2020). „Coronavirus: Singapore spike reveals scale of migrant worker infections“. 19. April. <https://www.bbc.com/news/world-asia-52320289> (Download 10.6.2020).

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2013). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich. Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt – messen was verbindet*. Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2018). *What Holds Asian Societies Together? Insights from the Social Cohesion Radar*. Gütersloh.

Bünthe, Marco (2020). „Religious mobilisation, ethnic conflict and the problem of trust: social cohesion in democratising Myanmar“. *Social Cohesion in Asia*. Hrsg. Aurel Croissant und Peter Walkenhorst. London/New York: Routledge. 169–189.

Coburn, David (2000). „Income Inequality, Social Cohesion and the Health Status of Populations: The Role of Neo-Liberalism“. *Social Science & Medicine* 51. 135–146.

Colletta, Nat J., und Michelle L. Cullen (2000). *The Nexus Between Violent Conflict, Social Capital and Social Cohesion: Case Studies from Cambodia and Rwanda*. World Bank: Social Capital Initiative Working Paper No. 23. Washington DC: World Bank.

Croissant, Aurel (2017). „Legitimationsvorteil der Diktatur? Politische Unterstützung und Regimetyphen in Asien“. *Demokratie, Diktatur und Gerechtigkeit. Festschrift für Wolfgang Merkel*. Hrsg. Aurel Croissant, Sascha Kneip und Alexander Petring. Wiesbaden. 545–568.

Croissant, Aurel, und Jung Eun Kim (2020). „South Korea: a triple paradox of social cohesion“. *Social Cohesion in Asia*. Hrsg. Aurel Croissant und Peter Walkenhorst. London/New York: Routledge. 74–100.

Croissant, Aurel, und Peter Walkenhorst (Hrsg.) (2020). *Social Cohesion in Asia*. London/New York: Routledge.

Delhey, Jan, und Klaus Boehnke (2018). „Conceptualizing Social Cohesion in Asia“. *What Holds Asian Societies Together? Insights from the Social Cohesion Radar*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 29–48.

Dragolov, Georgi., Zsófia S. Ignácz, Jan Lorenz, Jan Delhey, Klaus Boehnke und Kai Unzicker (2016). *Social Cohesion in the Western World: What Holds Societies Together: Insights from the Social Cohesion Radar*. Cham.

Dragolov, Georgi, Michael Koch und Mandy Larsen (2018a). „Level, Trend, and Profiles of Social Cohesion in Asia“. *What Holds Asian Societies Together? Insights from the Social Cohesion Radar*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 69–96.

Dragolov, Georgi, Michael Koch und Mandy Larsen (2018b). „Macro-level Determinants and Consequences of Social Cohesion in Asia“. *What Holds Asian Societies Together? Insights from the Social Cohesion Radar*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 97–136.

Fonseca, Xavier, Stephan Lukosch und Frances Brazier (2018). „Social cohesion revisited: a new definition and how to characterize“. *Innovation, The European Journal of Social Science Research* (32) 2. 231–253.

Gittel, Ross, und Avis Vidal (1998). *Community organizing. Building social capital as a development strategy*. Thousand Oaks CA: SAGE Publications.

Goodhand, Jonathan, David Hulme und Nick Lewer (2000). „Social capital and the political economy of violence. A case study of Sri Lanka“. *Disasters* (24) 4. 390–406.

Langer, Armin, Frances Stewart, Kristien Smedts und Leila Demarest (2017). „Conceptualising and Measuring Social Cohesion in Africa: Towards a Perceptions-Based Index“. *Social Indicators Research* (131). 321–343.

Laurence, James (2011). „The effect of ethnic diversity and community disadvantage on social cohesion: a multi-level analysis of social capital and interethnic relations in UK communities“. *European Sociological Review*. 27. 70–89.

Letki, Natalia (2008). „Does Diversity Erode Social Cohesion? Social Capital and Race in British Neighbourhoods“. *Political Studies* 56. 99–126.

Lolle, Henrik, und Lars Torpe (2011). „Growing Ethnic Diversity and Social Trust in European Societies“. *Comparative European Politics* (9) 2. 191–216.

Mauk, Marlene (2020). *Citizen Support for Democratic and Autocratic Regimes*. Oxford: Oxford University Press.

Mitra, Subrata (2020). „Fragmented society, stable democracy: the Indian paradox“. *Social Cohesion in Asia*. Hrsg. Aurel Croissant und Peter Walkenhorst. London/New York: Routledge. 101–121.

Mok, Ka Ho, und Yuyang Kang (2020). „Social cohesion and welfare reforms – the Chinese approach“. *Social Cohesion in Asia*. Hrsg. Aurel Croissant und Peter Walkenhorst. London/New York: Routledge. 26–49.

Prakesh, Pravin (2020). „The Leviathan and its muscular management of social cohesion in Singapore“. *Social Cohesion in Asia*. Hrsg. Aurel Croissant und Peter Walkenhorst. London/New York: Routledge. 50–73.

Putnam, Robert D. (2000). *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York NY: Simon & Schuster.

Reischauer, Eswin O. (1974). „The Sinic world in perspective“. *Foreign Affairs* (52) 2. 341–348.

Riaz, Ali (2020). „Bangladesh: holding together a low cohesion society“. *Social Cohesion in Asia*. Hrsg. Aurel Croissant und Peter Walkenhorst. London/New York: Routledge. 122–148.

Rocco, Lorenzo, Elena Fumagalli und Marc Suhrcke (2014). „From social capital to health – and back“. *Health Economics* (23) 5. 586–605.

Roßteutscher, Sigrid (2010). „Social capital worldwide: Potential for democratization or stabilizer of authoritarian rule?“ *American Behavioral Scientist* (53) 5. 737–757.

Schaeffer, Merlin (2013). „Ethnic diversity, public goods provision and social cohesion: Lessons from an inconclusive literature“. Discussion Paper No. SP VI 2013-103. Berlin: WZB Berlin Social Research Center, Research Unit Migration, Integration, Transnationalization. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/86148/1/770694160.pdf> (Download 10.6.2020).

Schiefer, David, und Jolanda van der Noll (2017). „The Essentials of Social Cohesion: A Literature Review“. *Social Indicators Research* (132). 579–603.

Shin, Doh Chull (2017). „Wie der Autoritarismus in einem Zeitalter der Demokratisierung bestehen bleibt. Zu den kulturellen Wurzeln seines Andauerns im demokratischen Ostasien“. *Demokratie, Diktatur und Gerechtigkeit. Festschrift für Wolfgang Merkel*. Hrsg. Aurel Croissant, Sascha Kneip und Alexander Petring. Wiesbaden. 621–646.

Solt, Frederick (2019). „Measuring Income Inequality Across Countries and Over Time: The Standardized World Income Inequality Database“. SWIID Version 8.1, May 2019. <https://fsolt.org/swiid/> (Download 10.6.2020).

Stewart, Frances (Hrsg.) (2008). *Horizontal inequalities and conflict: Understanding group violence in multiethnic societies*. New York NY: Palgrave MacMillan.

Trinn, Christoph (2020). „Sri Lanka – the dark side of social cohesion in divided societies“. *Social Cohesion in Asia*. Hrsg. Aurel Croissant und Peter Walkenhorst. London/New York: Routledge. 190–212.

Van der Meer, Tom, und Jochem Tolsma (2014). „Ethnic Diversity and Its Effects on Social Cohesion“. *Annual Review of Sociology* 40. 459–78.

Van Staveren, Irene, und Zahid Pevaiz (2017). „Is it Ethnic Fractionalization or Social Exclusion, Which Affects Social Cohesion?“. *Social Indicators Research* 130. 711–731.

Vergolini, Loris (2011). „Social cohesion in Europe: How do the different dimensions of inequality affect social cohesion?“. *International Journal of Comparative Sociology* (52) 3. 197–214.

Wilkinson, Richard, und Kate Pickett (2009). *The Spirit Level. Why More Equal Societies Almost Always Do Better*. London: Allen Lane.

Ziegenhain, Patrick (2020). „Achieving unity in extreme diversity? Social cohesion in Indonesia“. *Social Cohesion in Asia*. Hrsg. Aurel Croissant und Peter Walkenhorst. London/New York: Routledge. 149–168.

Impressum

© Juli 2020
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich
Peter Walkenhorst

Lektorat
Rudolf Jan Gajdacz
team 4media&event

Gestaltung
Oliver Helbig
OH Design + Medienproduktion

Bildnachweis
© hanohiki
stock.adobe.com

BSt-ID
960

DOI
10.11586/2020037

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Peter Walkenhorst
Senior Project Manager
Programm Deutschland und Asien
Telefon +49 5241 81-81172
peter.walkenhorst@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de